

Donnerstag, 13. Mai 2010 06:43 Uhr

URL: <http://www.wiesbadener-kurier.de/region/wiesbaden/meldungen/8890878.htm>

WIESBADENER KURIER

Wiesbaden

Verhalten der Stadt als "fatales Zeichen"

13.05.2010 - WIESBADEN

DEMO Die Arbeitsgruppe "Stolpersteine" im Aktiven Museum Spiegelgasse und die SPD-Fraktion sehen Nazi-Opfer geschmäht

(deg). Die Arbeitsgruppe "Stolpersteine" im Aktiven Museum Spiegelgasse protestiert "aufs Schärfste" gegen den Umgang der Stadt und der Polizei mit dem Neonazi-Aufmarsch und der Gegendemonstration. Letztere seien "am Ortsrand von Erbenheim am Weitergehen gehindert", die ursprünglich zugesagte Demonstrationszone sei "außerdem noch wesentlich verkleinert" worden, so der Vorwurf. "Die Neonazis dagegen durften mitten durch den alten Ortskern marschieren, durch die Straße, in der Stolpersteine liegen, die im Gedenken an Opfer des nationalsozialistischen Terrors hier verlegt wurden."

Dem "Rhein-Main-Bündnis 8. Mai gegen den Nazi-Aufmarsch in Wiesbaden" wurden kurzfristig beantragte zeitnahe Mahnwachen an den Stolpersteinen in Alt-Erbenheim aus Sicherheitsgründen untersagt, da eine Kollision mit der schon länger feststehenden Veranstaltung der Rechtsextremen befürchtet wurde. Verwaltungsgericht und Hessischer Verwaltungsgerichtshof bestätigten diese Entscheidung der Stadt. Angebotene Alternativstandorte, die auch die Richter für vertretbar halten, wurden abgelehnt.

Dass die Nazis "ungehindert" marschieren konnten, sei "ein dermaßen fatales Zeichen, wie wir es nicht für möglich gehalten hätten in einer Stadt, die sich sonst viel zugute halten kann auf ihr Engagement gegen das Vergessen", erklärt die Arbeitsgruppe. "Wir haben diese Woche wieder Stolpersteine in Wiesbaden verlegt, es waren Zeitzeugen und Nachkommen von Opfern anwesend. Wie sollen wir diesen Menschen erklären, dass man hier Neonazis die Ortsmitte überlässt und Nazigegner am Ortsrand bleiben müssen?"

Diese Frage stellt auch Hans-Peter Schickel, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Stadtparlament. Die Stadt hätte die Entscheidung vor Gericht suchen müssen, findet Schickel. "Wenn das Verbot am Ende gerichtlich gekippt worden wäre, wäre das kein Scheitern gewesen", meint der SPD-Kommunalpolitiker. "Schließlich geht es auch um ein politisches Signal". Ordnungsdezernentin Birgit Zeimet (CDU) habe den bisherigen breiten Wiesbadener Konsens im Umgang mit neonazistischen Umtrieben verlassen, bedauert Schickel. Damit sei ein Präzedenzfall geschaffen, den die Rechtsextremen künftig nutzen werden, fürchtet er. Es sei auch nicht hinnehmbar, dass die Gegendemonstranten über Wochen im Unklaren gelassen worden seien über den bekannten Aufmarsch der NPD-Jugend.